

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Verlagsanstalt Bochum, Postfach 75. — Preis- und Geschäftsbedingungen werden nicht angenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schudy; Druck: G. Hantmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Süllich Bochum, Wilmelshauer Str. 38-42. Telefon-Nr. 83, 89 u. 98. Telegr.-Nr.: Mittelverband Bochum.

Steht auf der Wacht!

Im neuen Jahre werden wir wahrscheinlich weltgeschichtliche Ereignisse von großer innen- und außenpolitischer Tragweite erleben. Die Kernfrage, in welcher Weise das durch den wahrnehmbaren Krieg furchtbar gestörte Zusammenwirken der Nationen wieder herbeigeführt werden kann, drängt naturgemäß zur Lösung. Auch für blöde Augen ist erkennbar, daß alle Völker eine große Wirtschaftsfamilie bilden. Wird ein Familienglied rücksichtslos behandelt, so leiden darunter die anderen ebenfalls. Die Verträge von Versailles und Saint Germain haben das nicht berücksichtigt. Der kritische Zustand der Weltwirtschaft fordert gebieterisch eine auf humanitärer Basis beruhende, allen kapitalistischen und nationalstaatlichen Gelüsten abträgliche Neuordnung der internationalen Beziehungen. Ob das von den Staatsmännern, die zurzeit die Macht repräsentieren, rechtzeitig eingesehen wird, davon hängt die Gestaltung der Zukunft Europas, der ganzen Menschheit ab.

Im Wunde der freigewerkschaftlichen Arbeiterinternationale sind die durch die Kriegsergebnisse verwirrten Meinungen im vergangenen Jahre völlig geklärt worden. Einmütig haben die Vertreter der britischen, französischen, belgischen, deutschen, österreichischen, tschechischen und italienischen Arbeitergewerkschaften, also alles Delegierte aus Ländern, die gegeneinander Krieg geführt haben, sich gegen die militaristisch-imperialistische Gewaltpolitik ausgesprochen und die Patole ausgegeben: „Krieg dem Kriege!“

Dieses Manifest unserer Arbeiterinternationale zählt zu den bedeutendsten Ereignissen des verflochtenen Jahres und hat zweifellos auch starken Anklang gefunden. Wie man vor guten Worten zur aufbauenden Tat übergehen kann, auch das ist im vergangenen Jahre der Welt gezeigt worden durch Angehörige der gewerkschaftlichen Arbeiterinternationale. Französische und deutsche Bauarbeiter haben sich bereits über einen praktischen Plan für den Wiederaufbau eines Abschnitts des zerstörten Nordfrankreich verständigt! Das ist werktätiger Pazifismus! Allerdings werden sich noch die Interessenten an einer dauernden Völkerverhetzung gegen dies Kulturwerk. Wir wissen noch nicht, ob die in der Weihnachtswoche begonnenen Beratungen der britischen und französischen Staatslenker für die Wiederaufbau-tätigkeit der Arbeiterinternationale günstig oder nach dem Wunsche der Säbelkraxler verlaufen. Im letzteren Falle stünde Europa vor unabsehbaren ökonomischen und politischen Erschütterungen.

Wie aber auch der Rat der Mächtigen entscheidet, kein Mensch darf erwarten, daß Deutschland von seiner Reparationslast entbunden wird. Vielleicht werden Zahlungsvereicherungen zugestanden, oder auch nicht; vielleicht wird Deutschland mit Rußland von der Entente zu einer Beratung über die Behebung der Weltwirtschaftskrise eingeladen, oder auch nicht. Frankreich vornehmlich von den Ententestaaten braucht Milliarden, um seine großen ausländischen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, und für den Wiederaufbau seiner zerstörten Landesteile. Befände sich Deutschland in der Lage Frankreichs, als militärischer Sieger in großer Finanznot, wer glaubt denn, daß unsere Ludendorffer anders handeln würden, als nun die militaristischen Nationalisten Frankreichs? Unsere Ludendorffer und Kapuzisten, die als geschlagene Feldherren und absolut unfähige Politiker vor der Welt stehen, haben nun ja noch die unerhörte Dreistigkeit, als — „Ankläger“ aufzutreten, statt den Mund zu halten und ihrem Herrgott für die außerordentliche Rangmut des durch ihre Kriegspolitik ins Unglück gestürzten Volkes zu danken.

Deutschland wird die Reparationsbedingungen erfüllen müssen nach bester Kraft. Die Unerböhnlichen in Frankreich bestehen um so mehr auf der alsbaldigen Milliardenzahlung,

als sie hinweisen können auf riesige Unternehmergewinne in Deutschland, auf eine Kapitalverschiebung von vielen Hunderten Millionen in ausländischer Währung, auf eine Steuerhinterziehung im Betrage von vielen Milliarden Papiermark. Deshalb liest man immer wieder in der Presse der Entente: „Deutschland kann zahlen!“ Unsere „nationalen“ Währungslenker, Kapitalverleiher und Steuerhinterzieher unterstützen also durch ihre Steuerverweigerung die Politik der Deutschlandfeinde.

Vielleicht sieht sich die deutsche Arbeiterklasse bald genötigt, gegen die kapitalistische Sabotierung der Wiederaufbauarbeit auf den Kampfplatz zu treten. Oder kann die Arbeiterklasse es dulden, daß die angeblich „nationalen“ Kreise, die als Träger der unheilvollen Kriegspolitik befannt sind, durch ihre Steuerunlust neues Unheil über unser Heimatland heraufbeschwören? Steht auf der Wacht!

Zu der Bedrohung von außen gesellt sich am Jahreschluß die innerpolitische Gefahr eines überraschend schnellen Umschwungs unserer Wirtschaftslage. Die Anzeichen des Endes der von unserer enormen Marktentwertung ausgegangenen ungesunden „Hochkonjunktur“ mehren sich. Die maßlos wuchernde Preistreiberei beschleunigt den Ausbruch der Abwärtskrisis, zumal sich der Marktkurs besserte. Wer soll die Folgen tragen?

Wir müssen im neuen Jahre auf schwere Kämpfe um den Arbeitslohn gefaßt sein! In den Fertigfabrikindustrien hat die maßlose Preistreiberei bereits den Absatz herabgedrückt. Darum haben wir mit Sorge den außerordentlich starken Preishochgang beobachtet und warnend auf die volks- und weltwirtschaftlichen Konsequenzen hingewiesen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir uns, wenn nicht Ablenkungen eintreten, die aber volkswirtschaftlich schädlich sein können, dem Zeitpunkt räumlich nähern, wo die Unternehmer ihre Betriebskosten durch Reduzierung der Löhne verbilligen wollen! Bewegt sich der Marktkurs nach oben — für unsere Reichs- und Staatsfinanzwirtschaft sicherlich erfreulich —, dann fallen die nur auf den schlechteren Stand unserer Währungs- und Kapitalistischen Kalkulationen in sich zusammen.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Unternehmer diese Folgen ihrer Preistreiberei gelassen auf sich nehmen werden, sondern sie werden Lohnreduktionen und wahrheitlich auch Schichtverlängerungen durchführen wollen! Nicht etwa unter vernünftiger Berücksichtigung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse und im Zusammenwirken mit ihren Organisationen. Sondern eigenmächtig, im Vertrauen auf ihren starken Widerstandsfonds. Wir erinnern an den langen Lohnkampf unserer britischen Kameraden! Auch ihnen mutete man zu, die Kosten der kapitalistischen Profitwirtschaft zu bezahlen.

Wir brauchen aber keine Unterjochung zu fürchten, wenn wir die Kameraden auf das heranziehende Gemitter aufmerksam machen und sie veranlassen, sich unter das schützende Dach des Bergarbeiterverbandes zu begeben. Wenn sie nicht wollen, daß ihnen die Löhne herabuntergeregt werden bis zum Augenüberlaufen, dann müssen sie in die Reihen des Verbandes eintreten. Hinterher wehklagen rührt den Kapitalismus absolut nicht. Wer knecht sein will, muß sich als Knecht behandeln lassen.

Die Bergarbeiterschaft ist auf alle Fälle eine gewaltige Macht, wenn sie organisiert auftritt. Ist der Geist dieser Massen gerichtet auf die entschlossene Behauptung der einmal errungenen Position, dann weiß das Unternehmertum, daß heute noch mehr auf dem Spiele steht, als bloß sein Profit. Pflegt diesen entschlossenen Geist der Behauptung! Bereitet euch auf alles vor, auf Gutes und Schlechtes. Steht auf der Wacht!

ist, entzogen werden kann, und zwar durch Kupplung. Es unterliegt nicht, wie fast alle Waren, einem Angebotszwange. Es nimmt daher eine Vorzugsstellung ein. Weil es bei längerer Aufbewahrung nicht wie die andern Waren schlechter wird oder verdirbt, kann es in großen Massen als Bestandsmittel verwendet werden. Dieser Uebelstand kann nur in der Weise beseitigt werden, daß das Geld aus seiner bevorrechtigten Stellung verjagt und den Waren gleichgestellt wird. Dies geschieht, wenn es bei längerem Aufbewahren ebenfalls verdirbt. Die neue Geldart, die den Namen Freigeld führt, tritt, wenn sie nicht im Umlauf gesetzt wird, im Werte, aber nicht, wie das heutige Geld, in der Weise, daß seine Valuta sich vermindert, d. h. seine Kaufkraft abnimmt — das wäre ja an sich nichts Erwünschtes —, sondern in der Weise, daß der Kennwert geringer wird. Das Freigeld beruht also auf einer mit der Aufbewahrung eintretenden Wertberabsetzung (Devaluation). Ein Hundertmarktschein verliert nach einer Woche von seinem Kennwert: 10 Pf., in der zweiten 20, in der dritten 30, am Ende des Jahres hat er, wenn sein Besitzer ihn nicht ausgab, 5 M. verloren. Er ist also nur noch 95 Mark wert. Die technische Durchführung dieses Gedankens kann entweder in der Weise erfolgen, daß der Kennwert bleibt, aber für jede Woche ein Zuschlag erhoben wird, der auf einer der Note beigegebenen Tabelle leicht abgelesen werden kann, oder aber in der Weise, daß kleine Geldzettel von 1, 2, 5, 10, 50 Pf. am Ende der Woche auf die Freigeldscheine aufgelegt und zum Ausgleich des Kursverlustes verwendet werden.

Daß dieses Verfahren die Einfachheit in dem Gebrauche des Geldes beeinträchtigt, bedarf keiner Erörterung. Dies kann auch nicht dadurch entkräftet werden, daß man auf die größeren Umstände hinweist, die bereits mit Wechsel- und Scheckzahlungen verknüpft sind und doch der Verwendung dieser Kreditmittel nicht im Wege stehen. Aber schließlich ist das kein entscheidender Gesichtspunkt, wenn sonst das Freigeld imstande ist, uns aus aller Not zu erretten. Da darf es natürlich auf einige mehr oder weniger erscheinende Umstände im technischen Gebrauche nicht ankommen. Auch die Invalidenversicherung hat man, als sie aufkam, damit bekämpft, daß das Marktenleben auf der Seite jedes Arbeiters viel Mühe verursache und lästig sei, und doch ist die Maßregel der Invalidenversicherung als solche durchaus nützlich und von dauerndem Werte. Die größere Mühe kann daher nicht als durchschlagender Einwand angesehen werden. Daß eine Erschwernis bei der Verwendung des neuen Geldes eintritt, steht aber außer Zweifel. Die Einführung eines solchen bei der Aufbewahrung im Kennwert abnehmenden Geldes müßte nun zu einer ungeheuren Umwälzung auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens führen. Sie würde ein riesiges Geldangebot zur Folge haben. Die Dynamik des Geldes würde den ganzen Wirtschaftskreislauf beherrschen, denn jeder würde sich vor dem drohenden Verluste dadurch schützen, daß er das Geld ausgibt. Es ist nur noch Tausch- und nicht mehr Sparmittel. Eine große Verlesung der Produktion, so wie sie durch das Geldangebot bedingt ist, erscheint als notwendige Folge. Ein solcher Zustand aber muß zunächst zu einer Unterbrechung und schließlich zur völligen Beseitigung des Zinses führen. Der Zins erkauft in der ungeheuren Masse von Realkapital, die durch das Geldangebot geschaffen ist, Realkapital für die Gegenleistung von Papierkapital. Es besteht in Schiffen, Maschinen, Möbeln und Waren aller Art. Mit diesem Gedanken aber ist die Theorie des Freigeldes noch nicht zu Ende. Wollte man es sich selbst überlassen, so würde es bald einem Strome gleichen, der über seine Ufer tritt und das Land überschwemmt. Wie jeder natürliche Strom, so muß auch der Geldstrom reguliert werden. Zu diesem Zwecke wird eine besondere Geldverwaltung geschaffen. Diese nennt sie das Reichsregierungsamt. Die Aufgabe dieses Amtes besteht darin, die Geldmenge zu regulieren, d. h. sie der Warenmenge anzupassen. Die Kupplung dieser beiden Größen ist sein wichtigster Zweck. Es muß, wenn die Preise steigen, neues Geld dem Verkehr zuzuführen. Dadurch wird es möglich, das Preisniveau eines Landes zu stabilisieren. Die ungesunden Schwankungen nach oben und nach unten hören auf. Der Durchschnittspreis sämtlicher Waren unterliegt keinen nennenswerten Veränderungen mehr. Damit haben wir das, was ein Vertreter dieser Idee, Dr. Christen, die absolute Währung genannt hat. Es ist eine Warenwährung, eingeleitet auf feste Durchschnittspreise. Wenn es wahr ist, daß der Preisstand sich nach der Geldmenge und nach der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes richtet, so ist mit dem Freigelde theoretisch die Währungsfrage gelöst; denn die Geldmenge wird durch das Währungsamt reguliert, der Umlauf aber durch den drohenden Kursverlust stets auf dem Maximum gehalten. Der Staat hat damit die ganze Geldmaschine fest in der Hand.

Wir haben im Vorgehenden gesehen, daß das Freigeld eine Attende auf den Zins bedeutet. Es gibt aber noch eine zweite Art des arbeitslosen Einkommens, nämlich die Grundrente. Grundrente ist der nicht von der Arbeit des Grundbesitzers abhängige Teil seines Einkommens aus dem Bodenschatte. Diese Grundrente fließt heute in die Taschen Privater. Lassen sich diese Milliarden der Gesamtheit nutzbar machen? Geseh! antwortet: Dies ist möglich, wenn sich die Geldreform mit einer Bodenreform verbindet. Sie besteht in der Einführung von Freiland. Was bedeutet das? Wenn man von „frei“ spricht, muß man sich stets das Objekt klar machen: frei — wovon? Man kann den Boden von Steinen befreien oder von Unkraut. Aber darauf kommt es bei dem Begriffe „Freiland“ nicht an. Freiland ist vielmehr ein Land, das frei ist von dem privaten Bezug von Grundrente. Die Freilandbewegung fordert, daß der Staat den ganzen Boden aufkaufte, an den Besitzenden verpachtete und die Berechtigten in Grundbesitzumschließungsscheinen entschädigte. Mit der Pachtsumme fließt dann die Grundrente in die Kasse des Staates und kommt so der Allgemeinheit zugute. Da das Wachstum der Bevölkerung den größten Anteil an der Steigerung der Grundrente hat, so sollen die Einkünfte hieraus an die deutschen Mütter, entsprechend der Zahl ihrer Kinder, verteilt werden: eine Kinderertragsgabe an die deutschen Mütter, weil sie die Schöpfer oder doch Mehrere der Grundrente sind! Einer der lebenswichtigsten Gedanken in Geseh's Schrift.

Die größte Rolle bei dieser Reform spielen die Bodenschuldscheine. Sie müßten in vielen Hunderten von Milliarden ausgegeben werden, und es wäre natürlich sehr schlimm, wenn sie den Schwankungen der Konjunktur in Gestalt eines wechselnden Kurses unterlägen. Um das zu verhüten, sollen sie den Charakter von Pari-Titeln tragen. Mit andern Worten: ihr Kurswert soll stets ihrem Nennwert entsprechen. Um das zu erreichen, muß sich der Zins, der hier nicht abgegriffen ist, aber jedenfalls durch die Freigeldreform stark heruntergedrückt werden dürfte, in seiner Höhe nach dem jeweiligen Tageskurse richten. Richtig wäre wohl eine Anpassung an den jeweiligen Höchststand des Reichsbank. Aber die ganze Frage der Pari-Titel ist noch unausgedacht, und wir wollen uns daher nicht weiter mit ihr beschäftigen. Sie sind, wie wir sehen werden, die Schlüsselkarte, an der das ganze System verwirklicht werden kann. In der Verknüpfung dieser beiden Reformen, der Einführung des Freigeldes und der Lösung der Bodenfrage durch Freiland, liegt nach der Auffassung Geseh's und seiner Schule das Mittel zur Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der sozialen Not der Gegenwart.

Wie haben wir uns diesen neuen Ideen gegenüber zu verhalten? Sollen wir sie ablehnen oder sie annehmen? Kein sozialer Architekt ist imstande, unsere Wirtschaft nach neuen Gesichtspunkten aufzubauen oder die ganze Wirtschaftsordnung lediglich von der Gelbseite her umzugestalten. Gesamtreformen sind außerdem stets soziologisch bedingt. Die Geseh'sche Geldreform läßt alle Soziologie außer Betracht. Das Wort kommt, glaube ich, in seinem Werke nicht ein einziges Mal vor.

Freiland — Freigeld.

Vom Kameraden Johann Westholz aus Kottbusen wird uns geschrieben:

„In Nr. 43 der „B.Z.“ vom 3. Dezember schreiben Sie einen Artikel: „Was sind Weltmarktlöhne?“ Ich kann mir wohl vorstellen, wie die Kumpels auf eine solche Idee gekommen sind, ohne sich der Auswirkungen ihrer Forderungen bewußt zu sein. Weltmarktlöhne würden uns ebensowenig etwas bringen, wie uns die Lohnherabsetzungen bei dieser unannüchlichen Weltwirtschaft etwas gebracht haben. Je härter die Notensprende arbeitet, um so mehr steigen die Preise, und in demselben Maße sinkt die Kaufkraft des Geldes. Durch Preisveränderungen gewinnen die einen, die anderen verlieren. Es scheint sonach wünschenswert, daß der Geldwert stabil bleibe, daß weder ein allgemeines Steigen noch Fallen der Preise eintritt. Jeder Lohnherabsetzung geht immer eine Preissteigerung voraus, aus dem einfachen Grunde, daß das in Aktien und Kassetten angelegte Geld sich durch einen Börsen- oder Zeitungswind auf den Wertenmarkt stürzt und so die Preise in die Höhe treibt, die wir überhaupt etwas von der neuen Lohnherabsetzung zu spüren bekommen. Wir haben also von der Lohnherabsetzung und Preissteigerung nichts. Ein Preisabbau ist auch mit so vielen für die Arbeiterklasse schädlichen Begleitumständen, wie Arbeitslosigkeit, Absatz- und Produktionsrückgang, verbunden (vergleiche die hoch goldreichen Länder England und Amerika), daß ich für ihn nicht eintreten kann. Die einzige Rettung aus diesem Dilemma ist Festigung der Durchschnittspreise. Das wäre zu erreichen, wenn das Geld ununterbrochen umlaufen würde. Denn nicht allein die Quantität des Geldes ist maßgebend für die Preisbildung, sondern auch die Umlaufgeschwindigkeit. Könnte das Geld nur zum Nachteil für seinen Besitzer zurückgehalten werden, so würde niemand mehr Geld dem Verkehr entziehen. Das Geld könnte dauernd umlaufen und nach Ware oder Arbeit suchen. Mit dem gleichmäßigen Umlauf und Angebot des Geldes würde der Zins oder Mehrwert für den Kapitalisten sinken. Dann könnten höhere Löhne gezahlt werden und der Mehrwert würde der Arbeiterklasse zugute kommen. Mit dem kapitalistischen Dauergeld, welches gar kein Kaufmittel, sondern eine Ware ist, läßt sich dieses aber nicht machen. Wir müssen daher ein soziales Geld, sogenanntes Schwundgeld, einführen und ein Reichswährungsamt einrichten, welches nicht mehr Geld ausgibt, wie häufig ist, und Geld einzieht, sobald der Durchschnittspreis den Ansgang übersteigt. Wollen

wir aus diesem Elend heraus, so müssen wir das Geld äquivalent (gleichwertig) der Ware machen. Dann braucht niemand mehr auf die Geldwertstabilität zu achten und auch keine Weltmarktlöhne zu fordern.“

Kamerad Westholz folgt hier den Gedanken von Silvio Geseh. Im „Wohlfahrt“, dem Organ der Silvio Geseh'schen Selbsthilfsgesellschaft, wird dieser wie folgt gewertet: „Silvio Geseh ist der Bahnbrecher der neuen Zeit. Auf seinen Schultern ruht der Zukunftsstaat, die einzige Hoffnung, die das Dunkel der Jetztzeit verheißungsvoll durchleuchtet.“ Silvio Geseh ist zweifellos ein scharfsinniger Denker; mit derartigem Ueberflusse, wie er auch in Versammlungen, Privatgesprächen usw. zum Ausdruck kommt, wird ihn und uns aber nicht bediene. Nüchtern und vorurteilsfrei betrachtet erscheint es uns, daß nicht die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes über die Produktion, sondern umgekehrt: die Produktion über die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes entscheidet. Der Umlauf des Geldes wird durch die Preisbildung bestimmt, die sich in freier Wirtschaft nach Angebot und Nachfrage regelt. Durch eine Geldreform allein lassen sich die Gesetze der Wirtschaft nicht grundlegend umstellen. Ein Fachmann auf diesem Gebiete, Dr. Oskar Stille, hat im „Grundstein“ hierüber einen beachtenswerten Artikel veröffentlicht, worin es heißt:

Silvio Geseh ist ein Sozialreformer, der im Gegensatz zu der Sozialdemokratie die soziale Frage nicht durch die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln lösen will, sondern unter dessen Beibehaltung, also nicht auf dem Boden des Sozialismus und der Vergesellschaftung, sondern dem des Individualismus. Es ist ihm gelungen, seine Lehren in eine Formel zusammenzufassen, die, einem Zauberspruch gleich, eine außerordentliche Suggestivkraft ausübt und, wie jede solche Formel, eine Anzahl Probleme in sich schließt. Diese Formel, die gleichsam wie eine Kugel am Wirtschaftshimmel der Unterdrückten und Leidenden aufsteigen ist, lautet: Freiland — Freigeld. Die Durchführung des diesem Schlagwort zugrunde liegenden Gedankens soll zu einer natürlichen, das heißt rentenfreien Volkswirtschaft führen. Rentenfrei bedeutet: frei von arbeitslosem Einkommen, das heißt von Zins und Grundrente.

Wie aber soll diese ungeheure Umwälzung durchgeführt werden? Nun, zunächst durch die Einführung des Freigeldes. Freigeld ist ein Geld, das frei ist von den Rängen des heutigen Geldes. Diese Ränge bestehen darin, daß es seiner Aufgabe, dem Verkehr und der Kaufvermittlung zu dienen, das heißt also der Funktion, für die es bestimmt

Gesell glaubt, daß das Geld der arbeitsfähige Punkt sei, von dem aus die ganze Wirtschaftswelt aus den Angeln gezogen werden könnte.

Es bringen sich einem vielmehr noch weitere Bedenken grundsätzlicher Natur auf, und diese liegen vor allem in den inneren Widersprüchen, die die Freigeldtheorie aufweist.

Aber das Freiland-Freigeld-System leidet noch an einem weiteren inneren Widerspruch, der ihm gefährlich ist als der erste.

So weit Dr. Stille. Danach wird die Gesellschaft Selbst- und Landreform der ersthöhen Wirkungen haben, noch an dem Charakter der Wirtschaft etwas ändern.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Sitzung der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau.

In der am 16. Dezember in Essen abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung der Arbeiter- und Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes wurde nochmals zu den in der letzten Plenarsitzung an die beiden genannten Gruppen zurückverwiesenen Anträgen betreffend Einführung von elektrischen Grubenlampen und Vorbildung der Aufsichtspersonen im Sinne der §§ 73 und 74 des Allgem. Berggesetzes Stellung genommen.

Die nachfolgenden Anträge wurden einstimmig angenommen und beschlossen, dieselben nunmehr dem Preussischen Oberbergamt in Dortmund zu übergeben.

I. Einführung von elektrischen Grubenlampen.

Die Arbeiter- und Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes ist der Auffassung, daß die Einführung von elektrischen Grubenlampen nicht generell erfolgen kann; es sind vielmehr die Gruben mit besonderer, ohne wesentliche Veränderung der Grubenentwicklung die Einführung der elektrischen Grubenlampen geboten erscheint, sind die beiden Gruppen weiterhin der Auffassung, daß die folgenden Personen, welche mit einer Sicherheits-Beleuchtungs-Lampe ausgerüstet werden, insbesondere Betriebsleiter, Ortsleiter, Schichtführer, Schichtmeister, Schichtschreiber, Feiertagskontrolleure und Beamte ohne abgeleitete Bergschulbildung, für eine Befähigung durch die Betriebsleitung und den Betriebsrat zu unterzeichnen haben, die sich auf die Befähigung von Grubengasuntersuchungen und deren Abhandlung zu beziehen hat.

bleib handhaft!

Das Leben ist Kampf, drum kämpfe und lebe und laß dich zu Boden nicht zwingen; so schwer es auch sei, bleib handhaft und strebe, das Glück für dich zu erringen.

Am Denkmal Karl Legiens.

Ein kalter Dezembermorgen! Staus in Grau blüht der Winter, und uns ins Abteil hinein, als wir hinausfahren nach Friedrichshagen, um den Gedächtnistag für unseren Karl Legien zu feiern.

Unter diesem schlichten Hügel liegt, was Perle war an unserem Leben, ja uns aber trug wie sein Andenken, das unauflöslich sein wird, solange eine Hand den Hammer führt, solange proletarische Herzen schlagen.

II. Vorbildung der Aufsichtspersonen im Sinne der §§ 73 und 74 des Allgem. Berggesetzes.

Die Arbeiter- und Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes ersucht das Preussische Oberbergamt in Dortmund, bei der Verpflichtung von Aufsichtspersonen im Sinne der §§ 73 und 74 des Allgem. Berggesetzes darauf zu achten, daß alle für den Grubeneinsatz zu verpflichtenden Personen diejenige theoretische und praktische Vorbildung besitzen, die allen Anforderungen nach Schutze von Leben und Gesundheit der Untertage-Beschäftigten entspricht.

Die Arbeiter- und Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes hat bei in mehreren Sitzungen mit der Frage über Einführung des Gesteinsaubereifens beschäftigt und das nachstehende Gutachten angefertigt, welches dem Oberbergamt in Dortmund übersandt worden ist:

- 1. die Anlage von Wander-, Strecken- und Hauptstrecken im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend geboten erscheint und zwar generell für alle Gruben; 2. bei dem Schieben in der Kohle die Anwendung von Gesteinsaubereifens zweckmäßig erscheint; 3. nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde und unter Mitwirkung der Betriebsleitung eine Bekleidung aller Grubenbauer oder Teile derselben (Vollrüstung oder Teilrüstung) erfolgen darf; 4. Flugzeuge nur für Sperren, nicht aber zur Bestreuung verwendet werden darf, solange die Gegenverwaltung nicht in der Lage ist, genügend Tonk-Isolieraubereifens herzustellen zu können; 5. die Verleisungsanlage in allen Fällen in gebrauchsfähigem Zustand gehalten werden muß und Auswüchsen nur mit Einverständnis des Oberbergamts und der Betriebsleitung gemacht werden dürfen.

Vegründung:

Zu 1 und 2. Bei häufiger Anwendung von Spreng- und Gesteinsaubereifens darf eine mögliche Verstärkung einer etwaigen eingetretenen Explosion, eventuell die Verhütung der Entstehung einer solchen, erwartet werden.

Mietserhöhung in Wertschmohnwagen.

Die Gutehoffnungshütte hatte beim Mietniedrigungsamt in Essen den Antrag gestellt, die Grundmiete für die Wertschmohnwagen der Zeche Andwigo zu erhöhen.

In ihrer oben bezeichneten Mietrechtsfrage wurde in der Sitzung des Mietniedrigungsamts vom 28. November beschlossen und verkündet wie folgt:

Der Antrag auf Erhöhung der Grundmiete wird abgelehnt. Der Vermieterin wird ab 1. Okt. 1921 der Höchstsatzschlag von 90 Prozent bewilligt.

Von den Betriebsräten.

Rute-Wirtschaft.

Die Betriebsräte haben kein Mitbestimmungsrecht. Wie schädlich diese Unzulänglichkeiten des Betriebsratsgesetzes auf die Volkswirtschaft wirken kann, zeigt folgender Fall:

Die Zeche Hammerthal, welche mit der Zeche Blankenburg wirtschaftlich verbunden ist, bekommt ihre Kraftstoff von letztgenannter Sachanlage durch eine circa 3 Kilometer lange unterirdische Rohrleitung zugeführt.

Was ist Wahrheit?

Seit der Mensch geworden, beschäftigt ihn die eine Frage: Was ist Wahrheit? Ein primitives Suchen zuerst; ein tiefes philosophisches Eindringen in das Problem des Lebens später.

Das Leben ist Kampf, drum kämpfe und lebe und laß dich zu Boden nicht zwingen; so schwer es auch sei, bleib handhaft und strebe, das Glück für dich zu erringen.

zum 15. Dezember mußten in diesem Jahre schon 250 Schichten gemacht werden, um die zugeflossene Leistung wieder aufzutauen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

hat sich im November arbeitskräftig auf 320 522 T. gestellt, was damit 100% um 11 000 T. höher als im Oktober.

Verteuerung der Kohlen durch Transportkosten.

Wenn je nach der Entfernung von den Zechen die Verbraucher jezt 600-800 Mark für die Tonne, oft sogar keineswegs erschaffliche Kohlen zahlen müssen, so wird das leichtlich den hohen Bergarbeiterlöhnen zur Last gelegt.

Table with 3 columns: Year, Coal production (Tons), and Coal price (Mark). Rows for 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, and 1921 (to Oct.).

Von 1914 an verringerte sich die Spannung zwischen Schiff- und Eisenbahnfrachten von Jahr zu Jahr, bis im Jahre 1920 die Schiff- frachtsätze weit über die Eisenbahnfrachten stiegen.

Moderne Bilanzaufstellung.

Das Konsolidierte Braunkohlenbergwerk Maria bei Mendorf erzielte auf Kohlenkonto Gewinne 1918-19: 1 640 023, 1919-20: 5 945 876 und 1920-21 nur 1 685 262 M.

Trotz der „Zwangswirtschaft“!

Im Antseheinsichen Braunkohlenbergbau betrug die Kohlenförderung im November d. J. 2 817 243 T., im November 1920: 2 713 738 T.

Aus dem Saargebiet.

Der Monat Oktober erbrachte eine ausgelesene und gewöhnliche (!) Kohlenförderung von 749 554 Tonnen gegen 908 693 im Vormonat.

Friedrich Engels über das Lumpenproletariat.

Das Lumpenproletariat, dieser Abhub der verkommenen Subjekte aller Klassen, der sein Hauptquartier in den großen Städten aufschlägt, ist von allen möglichen Bundesgenossen der schlimmste.

Was ist Wahrheit?

Seit der Mensch geworden, beschäftigt ihn die eine Frage: Was ist Wahrheit? Ein primitives Suchen zuerst; ein tiefes philosophisches Eindringen in das Problem des Lebens später.

Das Leben ist Kampf, drum kämpfe und lebe und laß dich zu Boden nicht zwingen; so schwer es auch sei, bleib handhaft und strebe, das Glück für dich zu erringen.

Kameraden! Laut § 9 unseres Statuts tritt ab 1. Januar 1922 im Anschluß an die letzte Lohnerhöhung im gesamten Bergbau eine weitere Beitragserhöhung ein. Die neuen Marken gelangen in der ersten Dezemberhälfte an alle Zahlstellen zum Versand. Die bisher gebräuchlichen Marken werden mit der Dezemberabrechnung eingezogen und müssen daher restierende Beiträge bis Jahreschluss mit den jetzigen Marken nachgeliefert werden. Die erhöhten Ausgaben für Streiks und sonstige Unterfütungen, die weitere Geldentwertung und Aufrechterhaltung des Kampfscharakters unseres Verbandes bedingen, daß die Beitragserhöhung in allen Revieren reiflos durchgeführt wird. Am nicht schon mehrmals Gesagtes wiederholen zu müssen, verweisen wir auf die schon öfter in der „B.-Z.“ gebrachten Begründungsartikel zur Beitragserhöhung. Wir erwarten von allen Kameraden, daß sie geschlossen für die Beitragserhöhung und damit für den weiteren Ausbau unseres Verbandes eintreten. Wer seine Organisation im Stich läßt, übt Verrat an seinen Kampfgenossen und gibt damit sich selbst und seine Existenzberechtigung auf. Darum sorgt alle für den Eintritt aller in unseren Verband! Weil jedoch alle Bezirke auf einmal nicht mit den neuen Marken beliefert werden können, legt die Beitragserhöhung in den Außenbezirken Hildesheim, Salzgitter usw. schon ab 1. 12. 1921 ein.

Die Gelsenkirchener Unionleitung in der Klemme.

Die Gelsenkirchener Unionleitungen haben sich infolge ihrer Unfähigkeit so selbsterwartend, daß wir sie vollkommen in der Fange haben. Jeder Bezirk, ihrer verkommenen Drang gegen uns öffentlich zu befehlen, bedarf nur eines Nachdrucks auf die Fange und einige Mautschellen und sofort sind alle Bezirksmäuler verstummt. Der aufmerksame Beobachter wird gefunden haben, daß unser bewährtes Mittel wochenlang, ja sogar monatelange Maut- und Klauensteuer bei der Gelsenkirchener Unionleitung ausgeübt hat. Zu unseren Beschuldigungen ist ferner die Wirtschaftlichkeit fehlende die tapferen Revolutionäre wie ägyptische Mumien. Weil sie öffentlich ihren Schmutz gegen uns nicht mehr los werden können, ohne einer entsprechend bemessenen Strafe Prügel gewärtig zu sein, betätigen sie ihre Hinterhältigkeit und anonymer. Nun haben wir sie wieder mal auf ihren dunklen Wegen ertwischt und all ihre Jammergeschreie werden uns nicht abhalten, ihnen die notwendige Lektion zu verabreichen.

Es handelt sich diesmal um ein Rundschreiben an ihre Obmänner, Funktionäre und Bezirksvorstände, welches den einzigen Zweck hat, Verleumdungen gegen die Verbandleitung und einzelne Verbandstammler auszuwischen. Natürlich ist dieses Schmutzwort anonymer, es ist erlogen wie Münchhausens Geschichten und keiner der anonymen Schmutzblätter kann den Namen darunter zu setzen, so daß keiner der „Helden“ beim Konstatieren genommen werden kann. Wir können uns auch mit der Feststellung der anonymen Lüge begnügen, wenn nicht in den Eskuffungen folgendes gesagt würde: „Genossen! Wenn die Verbände glauben, mit So-mus nach Euren Angehörigen zu müssen, sei es in Versammlungen oder an der Arbeitsstelle, dann haut ihnen dieses (die vorher in dem Mautschreiben angeführten anonymen Lügen. V. Red.) um die Ohren.“ Da wir nun annehmen, daß die armen, heterogenen Unionmitglieder sich zum Werkzeug dieser Menschen mißbrauchen lassen, müssen wir auf den Inhalt des Rundschreibens näher eingehen, damit unsere Kameraden wissen, warum es sich handelt und die Unionsmitglieder vor Weiterverbreitung warnen und vor Schaden behüten können.

Um der unionistischen Rassenfremden zu verbeden, versucht man in dem Rundschreiben, Unrichtigkeiten in der Verbandsliste nachzuweisen. Wir wollen darauf eingehen, um auch zu zeigen, welcher Eitel in der Union die rechnerischen Arbeiten macht. Es wird dort gesagt, daß laut unserem Taschenrechner für 1919 die Ausgaben für Streiks usw. 2.035.545,18 M. im Jahre 1905 betragen, während nach einem Artikel des Kameraden Husemann in der Jubiläumsnummer 1919 das Verbandsvermögen im gleichen Jahre nur 1.226.445 M. betragen habe. Hieraus schlußfolgert nun der unionistische Adam Riese, daß der Verband in diesem Jahre 809.100,18 M. mehr ausgegeben habe als sein „Verbandsvermögen“ betrug. Der „Rechenmeister“ errechnet dann eine Schuldentlast von 809.100,18 M., die er dann aus nächster Hand überträgt und infolgedessen auch im Jahre 1906 Unstimmigkeiten findet. Den unionistischen Uninn findet jeder Kamerad sofort, wenn er das Wort „Gesamtwertmogen“ liest. „Gesamtwertmogen“ bedeutet die noch vorhandenen Werte nach Abzug der Ausgaben. Die Unionisten ziehen von dem vorhandenen Vermögen, von dem schon alle Ausgaben abgezogen sind, die im verlaufenen Geschäftsjahr gemachten Ausgaben noch einmal (also zweimal) ab und behaupten nun, daß sie Lüge und ehrliche Kerle sind. Nun erst wird uns klar, wie die unionistische Rassenwirtschaft entstehen kann, die herartig beschaffen ist, daß sie das Licht der Welt nicht erbliden darf. Unsere Abrechnungen sind in der „Bergarb.-Zg.“ und unseren Jahrbüchern ausführlich enthalten. Abrechnungen in unseren Kalendern, Nummer 1 u. dgl. haben nicht den Zweck der jährlichen Abrechnung. Der Artikel des Kameraden Husemann sollte z. B. nur den Nachweis führen über die aus Verbandsmitteln geleisteten Kampfunterstützungen. Im Jahre 1905 ist der Verband nämlich auch auf Unterstützung durch die übrige Arbeiterschaft angewiesen gewesen und in dem erwähnten Artikel wird auch gesagt, daß durch Zusammenlegen Beiträge aufgebracht wurden, die nicht in Rechnung gestellt sind.

Nach dieser Kostprobe wollen wir auf weitere Besprechung der unionistischen Rechenmeister verzichten. Alle weiteren Rechenmeister sind auf das selbe unionistische Doppeltabzugsystem für Ausgaben eingestellt. Diese Menschen wagen von Fälschen und Täuschen zu sprechen. Ein Glid, daß die Unionmitglieder wenig oder gar keine Beiträge bezahlen, so daß größeres Unheil dadurch bemerkt wird, weil größere Geldbeträge nicht in die Hände der Herren kommen.

Weiter werden die Kameraden Polorn, Sachse und Otter des Betrugs beschuldigt. Die Anwürfe gegen Polorn können wir nicht nachprüfen, weil dieser Kamerad schwer krank darnieder liegt. Wir erklären jedoch jeden Unionisten, der es wagt, diese Behauptungen öffentlich zu erheben, so lange als plumpen Schwindler, bis er den Beweis für die Anschuldigung erbringt. Die Beschuldigungen gegen Sachse und Otter sind erlogen. Erlogen ist das ganze Rundschreiben, welches von einem feigen Buchstaben als anonymes Nachwort aus dem Hinterhalt gegen den Verband gerichtet ist.

Wenn in dem Rundschreiben gesagt wird, daß das frühere Kontrollkommissionsmitglied Stricker uns das Material übergeben hat, so haben wir hierzu zu bemerken, daß unsere Gewerksmänner noch heute in der Zeitung der Union sitzen.

Unsere Kameraden haben wir zu sagen: Wartet nicht, bis die heterogenen Unionmitglieder mit diesem Schmutz an euch heranommen. Sagt ihnen im voraus, daß gewissenlose Schwindler sie als Werkzeug benutzen wollen und damit sie vor Beschuldigung der Verleumdungen, weil sie sich dadurch Schaden zufügen können, der ihnen von den anonymen Schmutzblättern nicht ersicht wird. Stellt ferner den Unionisten folgende Fragen: Warum sind ihre „Bonges“ zu feige, ihre Flugblätter und Rundschreiben mit ihren Namen zu besetzen? Warum darf die Unionleitung nicht ihre Abrechnung veröffentlichen? Warum hat die Geschäftsleitung der Union die Redaktion der „Bergarb.-Zg.“, welche ihr Wirtschaftlichkeit mit dem Mitgliedergeldern verbindet, trotz zweifacher Anklage nicht verweigert? Warum hat die Geschäftsleitung der Union die Frage gegen ein Kontrollkommissionsmitglied wegen Betrug auf dem halben Wege zurückgezogen? Diese Fragen werden jede unionistische Fragezettel zu Schweigen bringen. Falls notwendig, werden wir das ganze bisher veröffentlichte Material gegen die Unionleitung zusammenfassen und mit weiterem noch unbenutztem Material versenden.

Zum Schluss bemerken wir noch, daß wir nur mit dem größten Widerwillen uns mit solchen Menschen befassen. Diese Sprache ist jedoch notwendig, weil wir anders den hinterhältigen Verleumdern nicht bekommen können. Notwendig ist diese auch, um die Arbeiterbewegung vom Ungläubigen zu reinigen und diesem ist bekanntlich mit Glacehandschuhen und Morastsprühen nicht beizukommen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Zur Lohnbewegung im Sieg-, Lahn- und Mittelgebiet.

Die letzte Lohnbewegung im Bergbau ist in fast allen Bezirken ohne besondere Schwierigkeiten durch zentrale Verhandlungen erledigt worden. Die vereinigten Arbeitgeberverbände für das Lahn-, Mittelgebiet und Oberhessen weigerten sich, zentral zu verhandeln. Einer Lösung nach Berlin zur Verhandlung durch den Reichsarbeitsminister leisteten sie keine Folge. Verhandlungen, welche auf den 18. November in Siegen für die Braunkohlengruben in Oberhessen und Westfalen angesetzt waren, scheiterten, weil die Arbeitgeber erklärten, daß sie unter keinen Umständen an zentralen Verhandlungen teilnehmen und verbatlen sich ganz energisch die Einmischung der Reichsarbeitsgemeinschaft und

des Reichsarbeitsministers. Sie wollten nur in den örtlichen Arbeitsgemeinschaften verhandeln.

Verhandlungen im Eisensteinbergbau in Siegen am 19. November führten zu keinem Ergebnis, da die Unternehmer so niedrige Angebote machten (12 M. für Siegen und 8 M. für Lahn-, Mittelgebiet und Oberhessen), daß eine Verhandlung ausgeschlossen war. Für den Monat November wollten sie überhaupt keine Lohnerhöhung bewilligen.

Die Lohnregelung ist dann infolge des Verhaltens der Unternehmer im ganzen Gebiet durch Schiedsspruch erfolgt. Der Arbeitgeberverein für Oberhessen lehnte den Schiedsspruch für die Braunkohle, der eine Lohnerhöhung ab 1. November von 18 M. für alle über 18 Jahre alten Arbeiter vorsah, ab. Dagegen der Arbeitgeberverband für die Siegerländer Gruben und Hüften für den Siegerländer Eisensteinbergbau für Monat November. Der Schiedsspruch für Siegen brachte ab 1. November eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 16 M., eine besondere Zulage für gelernte Handwerker von 4 M., für angelernte Handwerker und Arbeiter von 2,50 M. und Arbeiterinnen von 2 M. Außerdem eine Erhöhung des Kindergeldes um 1 M. und des Hausstandsgeldes um 0,80 M. Der Schiedsspruch steht weiter vor, daß die sozialen Zulagen (Kinder- und Hausstandsgeld) auch für Kranke feiertage bezahlt werden müssen und die Gebirge nicht geändert werden dürfen.

Die Arbeitgeber in Siegen wie in Oberhessen begründen die Ablehnung der Schiedssprüche mit der Unrentabilität der Betriebe, sie seien nicht mehr konkurrenzfähig. Die Braunkohlengruben gegenüber der rheinischen Braunkohle, die Eisensteingruben gegenüber den Auslandsbergen. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß diese Gruben im freien Wettbewerb nicht konkurrenzfähig sind infolge ihrer ungünstigen Produktionsbedingungen. Dies Argument ist aber nur stichhaltig vom rein privatwirtschaftlichen Standpunkt aus, nicht aber vom volkswirtschaftlichen. Wenigstens so lange nicht, als diese Produktionsgebiete für unsere Volkswirtschaft notwendig sind, wie das bis auf weiteres der Fall ist. Es müssen dann eben wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, welche die Lebensfähigkeit dieser Bezirke sicherstellen. Das Erzgebiet hat bei dem jetzigen Stand der Wälua überhaupt nicht

**Allen Kameraden und Mitarbeitern
entbieten wir
zum Jahreswechsel
die herzlichsten Glückwünsche!
Vorstand und Redaktion.**

unter der Konkurrenz des Auslandes zu leiden. Außerdem ist das Siegerland das leistungsfähigste Erzgebiet, welches wir haben.

Es zeigt sich bei den Arbeitgebern des Sieg-, Lahn- und Mittelgebietes immer mehr das Bestreben, die Zustände der Vorkriegszeit wieder herbeizuführen, wo die Löhne und dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter sehr niedrig gehalten wurden, zum Vorteil der Grubenbesitzer. Jedoch lassen die Bergarbeiter sich das heute nicht mehr so ohne weiteres bieten. Die Ablehnung der Schiedssprüche hatte in Oberhessen sowohl wie in Siegen die Arbeitsniederlegung zur Folge. In Siegen streikten etwa 6000 Eisensteinerbergarbeiter von ungefähr 15000. Von 48 Gruben standen 15 eine Woche vollständig still. Wenn der Streik im Siegerland nicht allgemein wurde, dann ist das nicht das Verdienst der Unternehmer, sondern der Bergarbeiterverbände. Diese hatten beschlossen, zunächst die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs durch den Reichsarbeitsminister, welche von den Verbänden beantragt war, abzuwarten. Sollte diese nicht ausgesprochen werden, oder wenn sie erfolgt, die Unternehmer die Bezahlung auch dann noch ablehnen, dann sollte der Kampf von den Organisationen aufgenommen werden. Das Verhalten des Arbeitgebervereins hatte aber eine derartige Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen, daß ein beträchtlicher Teil sofort in den Streik eintrat. Wenn dieses Vorgehen eines Teils der Belegschaften vom gemeinschaftlichen Standpunkt aus nicht zu billigen ist, so ist es aber verständlich bei dem Vorgehen der Unternehmer. Nachdem für eine Million Bergarbeiter die Lohnfrage durch freie Vereinbarung geregelt war, bei der Fällung des Schiedsspruchs die Sachverständigen des Reichsarbeitsministeriums die vorgelegene Lohnerhöhung für tragbar erklärt hatten, stellt für die Ablehnung des Schiedsspruchs jede Begründung. Die Arbeitgeber hatten aber wohl damit gerechnet, die Arbeiterschaft würde sich damit abfinden. Darin haben sie sich getäuscht. Für die Bergarbeiterverbände stand fest, daß die Anerkennung des Schiedsspruchs mit allen gemeinschaftlichen Mitteln erzwingen werden müsse. In ihren Konferenzen, welche am 18. Dezember stattfanden, wurden dahingehende Beschlüsse gefaßt. Am 19. Dezember gab der Arbeitgeberverband dann die Erklärung ab, daß der nunmehr vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärte Schiedsspruch auch erfüllt werde. Mit dieser Erklärung hatte der Streik sein Ende gefunden. Er hätte vermieden werden können, wenn die Unternehmer etwas mehr Einsicht gezeigt hätten. Wie die Bergbauunternehmer des Siegerlandes gewonnen sind, zeigt die Tatsache, daß trotz aller Bemühungen von Arbeitnehmerteile bis jetzt für das Siegerland noch kein Lohnentwurf besteht und noch keine Arbeitsordnung vereinbart werden konnte. Die Betriebsräte werden nirgends in ihren Rechten so beeinträchtigt wie dort.

Die jetzt abgeschlossene Bewegung zeigte ersenklichweise, daß der gemeinschaftliche Gedanke im Siegerland markiert. Trotzdem es sich um einen Zeitfreud handelt, der die Anerkennung der Organisationen noch nicht gefunden hatte, wurde er in musergültiger Ordnung geführt. Diejenigen, die nicht in den Streik getreten waren, die Mehrzahl, ließen von Anfang an keinen Zweifel darüber, daß sie dem Rufe ihrer Organisationen sofort reiflos folgen würden. Sie wollten nur nicht ohne die Verbandsparole in den Streik treten.

Diese gemeinschaftliche Stimmung kam auf der Vertrauensmänner- und Betriebsratskonferenz unseres Verbandes am 18. Dezember so recht zum Ausdruck. Folgende Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen:

„Die Konferenz kann die vorzeitige Arbeitsniederlegung einiger Belegschaften vom gemeinschaftlichen Standpunkte aus nicht billigen, obwohl die durch das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes hervorgerufene Erbitterung diesen Streik verständlich erscheinen läßt. Sollten die Arbeitgeber die Erfüllung des Schiedsspruchs, nach dem er für verbindlich erklärt ist, auch jetzt noch ablehnen, dann werden die Bergarbeiterorganisationen die Führung des Streiks übernehmen und mit allen gemeinschaftlichen Mitteln durchzuführen. Die Konferenz beschließt, die Parole der Organisationen, welche nach der bis Montagabend, den 19. Dezember 1921 vom Arbeitgeberverband zugesagten Erklärung erfolgen wird, abzuwarten.“

Diese Entschließung zeigt, daß der gemeinschaftliche Gedanke im Siegerland gelegt hat. Er war es auch, der die Unternehmer zwang, den Schiedsspruch reiflos anzuerkennen. Stärken wir deshalb den Ver-

band durch Zuführung neuer Mitglieder und innere Festigkeit und Geslossenheit, die Erfolge werden dann noch größer sein und die Unternehmer werden den Interessen der Bergarbeiter Rechnung tragen müssen.

In Oberhessen ist der Streik am 17. Dezember durch eine Vereinbarung, die eine um 2 M. geringere Lohnerhöhung als der Schiedsspruch vorsah, beendet worden.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Altpreußische Methode in Oberschlesien.

In Oberschlesien wird über Lebensfragen einer Bevölkerung verhandelt, deren Hauptmasse aus Industriearbeitern besteht. Den Arbeiterorganisationen ist es in erster Linie zu danken, daß die durch nationalistische Verhetzung zur Stöberei gesteigerte Aufregung, die sich bekanntlich in blutige Kämpfe ausfüllte, allmählich einer ruhigen Ueberlegung gewichen ist. Was in dem Genuß Spruch über Oberschlesien an Berücksichtigung der deutschen Wirtschaftsbedürfnisse überhaupt zu finden ist, darf ohne Ueberhebung zum Teil auf die Aufklärungsarbeit der ober-schlesischen Gewerkschaftsvertreter in Genf zurückgeführt werden. Schon deshalb mußte es fremden, daß unter den Vertretern, die von der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung mit der Verhandlung über die Grenzregelung, über die Ordnung der wirtschaftlichen Wirtschaftsfragen usw. betraut worden sind, sich nicht ein einziger Arbeiter- und Angestelltenvertreter befindet! Chemische Minister, Staatssekretäre, Geheimräte und Professoren sind die offiziellen Delegierten. Kein einziger Gewerkschaftsvertreter ist aus Oberschlesien als vollberechtigter Delegierter berufen! Wir stehen nicht an, das als eine echt altpreußische Mißachtung der Arbeiterschaft zu bezeichnen, um so verurteilenswerter, weil nicht Minister, Staatssekretäre und Geheimräte in Oberschlesiens schwerster Unruhezeit dort dem Ansturm gegen deutsche Interessen standhalten konnten, sondern in erster Linie die Gewerkschaftsgenossen! Auf polnischer Seite sitzen nämlich auch Gewerkschaftsvertreter als Delegierte ihres Staates. In der Oberschlesienfrage sind anscheinend noch nicht genug altpreußische Sünden begangen. Unsere ober-schlesischen Gewerkschaftsgenossen sind mit Recht erbittert über ihre Zurücksetzung. Der Bergarbeiterverband kommt als mitgliederberechtigte Organisation neben dem Metallarbeiterverband in Betracht. Es ist uns nicht gleichgültig, wie die sozialrechtlichen Verhältnisse unserer Kameraden, auch der Kaufende Verbandsmitglieder im abgetrennten Teile Oberschlesiens, geregelt werden. Bei dieser Regelung lassen wir uns nicht ausschalten. Darum ging am 22. Dezember folgendes Telegramm an die zunächst zuständigen Minister des Innern für Reich und für Preußen:

„Wir hören, daß zu Verhandlungen über Oberschlesien die Arbeitervertreter deutscherseits nicht als vollberechtigt zugezogen werden. Ursachen betragend, zu veranlassen, daß Vertreter des Gewerkschaften in Oberschlesien nämlich an den Verhandlungen vollberechtigt teilnehmen.“

Vorstand des Bergarbeiterverbandes. J. A.: Husemann.“

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 53. Woche (vom 25. bis 31. Dezember 1921) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Büchervereifeionen.

Castro III. Vom 1. bis 20. Januar.
Hort Gmischer. Vom 1. bis 15. Januar.
Hühelhofen. Am 1. und 8. Januar.

Adressenänderungen.

Gelsenkirchen IV. Der erste Vertrauensmann Karl Bient wohnt Wilhelmstr. 116, der Kassierer Bernhard Ruchhofen Wilhelmstr. 107, Redaktionshelfer. Der erste Vertrauensmann Theodor Senzel wohnt Wausgatstr. 29.

Bibliothek.

Gelsenkirchen IV. Bibliothek beim Kameraden Frh. Gausfapp.

Portofähigkeit ab 1. Januar 1922.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 1,25 M., über 20-250 Gr. 2.- M., im Fernverkehr bis 20 Gr. 2.- M., über 20-100 Gr. 3.- M., über 100-250 Gr. 4.- M.

Postkarten im Ortsverkehr 0,75 M., im Fernverkehr 1,25 M.

Druckfachen bis 50 Gr. 0,50 M., über 50-100 Gr. 1.- M., über 100-250 Gr. 2.- M., über 250-500 Gr. 3.- M., über 500-1000 Gr. 4.- M.

Geschäftspapiere bis 250 Gr. 2.- M., über 250-500 Gr. 3.- M., über 500-1000 Gr. 4.- M.

Päckchen bis 1 Kg. 4.- M. Päckchen können Geschäftspapiere, Druckfachen, handschriftlich und mechanisch hergestellte Schriftstücke enthalten.

Pakete bis 5 Kg. Nahzone 6.- M., Fernzone 9.- M.; über 5-10 Kg. Nahzone 12 M., Fernzone 18.- M.; über 10-15 Kg. Nahzone 20.- M., Fernzone 30.- M.; über 15-20 Kg. Nahzone 30.- M., Fernzone 40.- M.

Briefsendungen. Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherunggebühr, welche beträgt a) bei Wertbriefen für je 1000 M. der Wertangabe 1,50 M.; b) bei Wertpaketen für 1000 M. nach Wertangabe 2.- M., mindestens bei einer Sendung 3.- M.

Postanweisungen bis 100 M.: 2.- M., über 100-250 M.: 3.- M., über 250-500 M.: 4.- M., über 500-1000 M.: 5.- M., über 1000-1500 M.: 6.- M., über 1500-2000 M.: 7.- M.

Einschreibgebühr beträgt 2.- M.

Für die Bestellung sind in Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 3.- M., nach dem Landbestellbezirk 9.- M.; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 6.- M., nach dem Landbestellbezirk 12.- M.

Für Zahlkarten bis 100 M. einzahl.: 0,75 M., über 100 bis 500 M.: 1,50 M., über 500-1000 M.: 3.- M., über 1000-2000 M.: 4.- M., über 2000-5000 M.: 5.- M., über 5000 M.: 6.- M.

Für gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 1.- M., mindestens 10.- M.

Knappschafftsältestenkommission Gelsenkirchen.

Sitzung am Freitag, den 6. Januar 1922, morgens 9 Uhr, in Buer im Lokale Bredendrod, Gagenstr. 13.

Taschenkalender für Bergarbeiter Preis 7,50 Mk. für Mitgl., im Buchhandel 10 Mk.